

Umwelterklärung 2009

des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (StMUG)

Inhaltsverzeichnis

1 STANDORT, AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN DES MINISTERIUMS	3
2 UMWELTPOLITIK DES MINISTERIUMS IM SINNE VON EMAS	4
3 INDIREKTE UND DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN	5
4 AUSGEWÄHLTE INDIREKTE UMWELTASPEKTE UND UMWELTAUSWIRKUNGEN	6
4.1 KLIMAPROGRAMM	7
4.2 HOCHWASSERSCHUTZAKTIONSPROGRAMM	9
4.3 BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE	10
5 DIREKTE UMWELTASPEKTE UND UMWELTAUSWIRKUNGEN	11
5.1 CHRONIK ZUM INNERBETRIEBLICHEN UMWELTSCHUTZ	11
5.2 DATEN UND FAKTEN ZUM STANDORT	12
5.2.1 AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN IM VERGLEICH 2007 – 2008	13
5.2.2 AUSGEWÄHLTE EINZELKONTEN	14
5.2.3 UMWELTBILANZ	25
6 DAS UMWELTMANAGEMENTSYSTEM (UMS) DES STMUG.....	27
6.1 ORGANISATIONSGRUNDSATZ FÜR DAS UMS.....	27
6.2 SYSTEMELEMENTE DES UMS	27
6.3 BESCHREIBUNG VON AUFGABEN UND PROZESSEN IN DEN SYSTEMELEMENTEN.....	27
7 GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG.....	32
IMPRESSUM UND ANSPRECHPARTNER	33

1 Standort, Aufgaben und Tätigkeiten des Ministeriums

Das StMUG hat seinen Standort in München am Rosenkavalierplatz 2. Das Dienstgebäude liegt in unmittelbarer Nähe zum „Mittleren Ring“ und ist über die U-Bahn Endhaltestelle und den Busbahnhof Arabelapark hervorragend an das öffentliche Nahverkehrssystem angebunden.

Lageplan des Gebäudes Rosenkavalierplatz:

<http://www.stmug.bayern.de/ministerium/anfahrt/umgebung.htm>

Als oberste Landesbehörde ist das Ministerium im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit beim Erstellen von Gesetzesentwürfen sowie beim Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften beteiligt, arbeitet mit dem Bayerischen Landtag, dem Bundesrat, den Obersten Behörden des Bundes und der Länder sowie den EU-Institutionen zusammen, entwickelt Programme und Konzeptionen und stellt den Verwaltungsvollzug in seinem Aufgabenbereich sicher. Dem Ministerium fachlich zugeordnet sind folgende nachgeordnete Behörden:

- Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU),
- Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
- Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)
- Nationalpark Bayerischer Wald und Nationalpark Berchtesgaden
- 17 Wasserwirtschaftsämlter

sowie

- die fachlich entsprechenden Bereiche auf Ebene der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden.

Seit dem 30.10.2008 umfasst das Aufgaben- und Tätigkeitsfeld des StMUG folgende Bereiche, die als Abteilungen organisatorisch abgebildet sind:

- Kommunikation und Nachhaltigkeit
- Gesundheitspolitik und Krankenversicherung
- Krankenhausversorgung
- Gesundheit
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
- Wasserwirtschaft
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Klimaschutz und Technischer Umweltschutz
- Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten
- Kernenergie und Strahlenschutz.

Darüber hinaus nehmen die Abteilungen „Politik und Recht“ sowie „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen“ abteilungsübergreifend Querschnittsaufgaben wahr.

2 Umweltpolitik des Ministeriums im Sinne von EMAS

Nach Art. 141 der Bayerischen Verfassung gehört zu den vorrangigen Aufgaben des Staates:

- „Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ...
- auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten,
- die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten ...,
- den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen...,
- die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten.“

Diese in die Bayerischen Verfassung formulierten Staatsziele wie auch die Strategien einer nachhaltigen Entwicklung, die 1992 von der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und später in Johannesburg und Kyoto formuliert wurden, sind Grundlage unserer bayerischen Umweltpolitik und finden Ausdruck in der Vision „**Nachhaltige Entwicklung Bayern - Umweltgerechter Wohlstand für Generationen**“.

Der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung verlangt, dass ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen als Einheit zu sehen und ihre Wechselwirkungen zu berücksichtigen sind. Die ökonomische Entwicklung steht damit auch unter dem Vorbehalt der ökologischen und sozialen Verträglichkeit, bei ökologischen Maßnahmen wiederum sind ökonomische und soziale Wirkungen zu beachten.

Umweltschutzpolitik hat sich in der Vergangenheit hauptsächlich auf Instrumente des hoheitlichen Verwaltungshandelns gestützt und dabei große Erfolge erzielt. Gleichwohl verblieben zahlreiche ungelöste Problemfelder, bei denen hoheitliche Instrumentarien nicht ausreichen, sondern andere Strategien erforderlich sind. So haben in den letzten Jahren Bildungsmaßnahmen und kooperative Ansätze, z.B. mit der Wirtschaft (produzierendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen einschließlich Tourismus) oder mit Nachbarstaaten an Bedeutung gewonnen.

Die Umweltpolitik des StMUG – im Sinne von EMAS - wird durch folgende Kernelemente geprägt:

I. ZIEL

Wir verfolgen das Ziel einer **kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung der Umwelt**. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf die durch unsere Tätigkeit ausgelösten indirekten Umwelteinwirkungen als auch auf die direkten Umwelteinwirkungen infolge unseres Verwaltungsbetriebs. Dazu ermitteln und bewerten wir regelmäßig, welche Umweltauswirkungen von unseren Aktivitäten und unserem Standort aus-

gehen und leiten hieraus Ziele und Maßnahmen für das Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung Bayerns“ und ein betriebliches Umweltprogramm ab.

II. EIGENVERANTWORTUNG

Umweltbewusstes und vorbildliches Handeln gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen **Beschäftigten**. Regelmäßige Aufklärung und Information sollen das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt fördern und für ein umweltbewusstes Handeln am Arbeitsplatz sensibilisieren. Das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen wird unterstützt.

III. UMWELTSCHUTZ BEI AUFTRÄGEN UND VERGABEN

Externe Vertragspartner werden in unsere Bemühungen um eine umweltfreundliche Verwaltung **mit eingebunden**. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen sowie Bauleistungen fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards nach Maßgabe der „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“. In Einzelfällen berücksichtigen wir darüber hinaus gehende ökologische Kriterien.

IV. INFORMATION FÜR ÖFFENTLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNG VON BEHÖRDEN

Der **Öffentlichkeit** stellen wir im Umweltbericht Bayern 2007

<http://www.stmug.bayern.de/umwelt/umweltbericht/index.htm> und über die Umweltindikatoren

<http://www.stmug.bayern.de/umwelt/agenda/indikatoren/index.htm> sowie in weiteren Publikationen und

Internetangeboten **Informationen zur Entwicklung der Umwelt in Bayern**, die durch unsere Aktivitäten indirekt beeinflusst wird, zur Verfügung. Über unser betriebliches Umweltverhalten (direkte Umwelteinwirkungen) geben wir in Umwelterklärungen und jährlich aktualisierten Bilanzen Rechenschaft. Dabei stellen wir auch an Hand einzelner ausgewählter Beispiele Ziele, Maßnahmen und Erfolge aus dem Bereich unserer indirekten Umwelteinwirkungen vor.

Andere Unternehmen und Behörden erhalten in Form von Leitfäden, Beratung und Förderung Hilfestellung bei der Implementierung von Umweltmanagementsystemen.

3 Indirekte und direkte Umweltauswirkungen

Die Aktivitäten, Initiativen und Projekte des Ministeriums haben vielfältige Einflüsse auf die Umwelt. Soweit die **Umwelteinflüsse mittelbar durch das Agieren von Dritten** (Personen und Institutionen) ausgelöst werden, die zur Zielgruppe der ministeriellen Aktivitäten gehören, spricht man von **indirekten Umweltauswirkungen**.

Unser „Unternehmenszweck“, das heißt die originäre Aufgabenstellung des Ministeriums, besteht darin, in den Bereichen Umwelt und Gesundheit mit Hilfe von Rechts-, Planungs- und Förderentscheidungen dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen; und zwar dadurch, dass Verbesserungen des Umweltzustands angestrebt und Umweltbelastungen vermieden werden. Oberste Leitlinie ist dabei das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung.

Dies verdeutlicht, dass sich die **indirekten Umweltaspekte unmittelbar aus unserer Aufgabenstellung** ableiten und somit **wesentlich größere Bedeutung haben als die direkt beeinflussbaren Umweltauswirkungen**, die sich aus unserem Dienst- und Verwaltungsbetrieb (Verbräuche und Emissionen vom Dienstgebäude und Dienstreisen) ergeben.

Auch wenn die indirekten Umweltauswirkungen wegen unseres speziellen Unternehmenszwecks bedeutender als die direkten sind, so richten wir innerhalb unseres Umweltmanagementsystems nach EMAS Hauptaugenmerk auf die direkten Umweltauswirkungen, da die Geschäftsstrategiesteuerung wie auch bei anderen Organisationen außerhalb von EMAS erfolgt. EMAS stellt lediglich sicher, dass innerhalb der Geschäftsstrategie auch die direkten Umweltauswirkungen aus dem Verwaltungsbetrieb nicht zu kurz kommen. Auf den Bereich der indirekten Umweltauswirkungen gehen wir in EMAS nur exemplarisch an Hand einiger Schwerpunktthemen ein und verweisen ansonsten auf Veröffentlichungen, die hierzu detaillierte Informationen liefern.

4 Ausgewählte indirekte Umweltaspekte und Umweltauswirkungen

Für das StMUG spielen die indirekten Umweltauswirkungen die zentrale Rolle, wenngleich die Steuerung nicht innerhalb von EMAS erfolgt. Sie sind maßgeblich bei der politischen Entscheidungsfindung und -verantwortung. Dabei werden sowohl positive als auch negative indirekte Umweltauswirkungen berücksichtigt. In wichtigen Kernbereichen unserer Tätigkeit steht das Ziel, möglichst zahlreiche positive Umweltauswirkungen zu bewirken und negative Umweltauswirkungen zu minimieren.

Das Ziel der Minimierung negativer und Stärkung positiver Umweltauswirkungen wird zum einen durch nach außen gerichtete Entscheidungen, Vorgaben, Maßnahmen und Programme verfolgt, zum anderen durch Umweltbildungsmaßnahmen und Wahrnehmung der Vorbildfunktion des Ministeriums. Hinzu treten Aktivitäten zur Integration der Umweltpolitik in andere Politikfelder.

Wesentliche Ziele und Maßnahmen, die wir in den nächsten Jahren verfolgen, sind im „**Umweltbericht Bayern 2007**“ und speziellen Programmen festgehalten. Der Umweltbericht stellt einen umfänglichen Zustandsbericht der Umwelt in Bayern dar, zeigt an Hand von sogenannten Umweltindikatoren die Entwicklung der letzten Jahre bis Jahrzehnte, beschreibt die Ursachen, Problemlagen und Aufgabenstellung

und beinhaltet Zielvorstellungen und Lösungsansätze. Näheres zum Umweltbericht Bayern 2007 erfahren Sie auf unserer Internetseite: <http://www.stmug.bayern.de/umwelt/umweltbericht/index.htm> oder indem Sie den Umweltbericht runterladen bzw. bestellen.

Aus dem großen Spektrum unseres Aufgabenfelds stellen wir beispielhaft drei zentrale Programme des StMUG dar, wenn gleich dies nicht bedeutet, dass andere Aufgaben weniger wichtig wären:

- Klimaprogramm
- Hochwasserschutzaktionsprogramm
- Biodiversitätsstrategie

4.1 Klimaprogramm

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Dies gilt nicht nur für die Umweltpolitik, sondern auch für alle anderen Bereiche. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Bayerische Staatsregierung hat sich als erste Landesregierung in Deutschland mit dem „Klimaprogramm Bayern 2020“ das Ziel gesetzt, nicht nur Ziele und Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen festzusetzen und durch Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zu unterstützen, sondern auch die klimasensitiven und verwundbaren Bereiche bis zum Jahr 2020 bestmöglich an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Da wir die Minderungsstrategie bereits in unseren Umwelterklärungen 2007 und 2008 skizziert haben, gehen wir nun auf die Anpassungsstrategie ein.

Am 3. Juni 2008 hat der Bayerische Ministerrat die Interministerielle Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ beauftragt, einen Vorschlag für eine „Bayerische Anpassungsstrategie“ (BayKLAS) an die Folgen des Klimawandels zu erarbeiten. Damit sollen der strategische Ansatz verstärkt und Handlungsoptionen für künftige Erfordernisse aufgezeigt werden.

Die BayKLAS wurde gemeinsam mit dem Bayerischen Klimarat entwickelt. Sie ist ein politisches Strategiepapier ohne rechtliche Verbindlichkeit. Allein für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind im Klimaprogramm Bayern 2020 für die Jahre 2008 bis 2011 84,7 Mio. € vorgesehen. Für außerstaatliches Handeln gilt das Prinzip der Freiwilligkeit und Kooperation zwischen der Bayerischen Staatsregierung und den betroffenen Akteuren der unterschiedlichen Handlungsfelder. Ziel der Bayerischen Anpassungsstrategie ist es, die betroffenen Kreise schrittweise über die möglichen Folgen des Klimawandels zu informieren und bei Bedarf auch Hilfestellung zu leisten. Eine wichtige Multiplikatorenrolle kommt hierbei den Partnern der Bayerischen Klima-Allianz zu.

Grundsätzlich müssen wir uns darauf einstellen, dass direkte und indirekte Auswirkungen des Klimawandels, aber auch von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, in jedem gesellschaftlichen und wirt-

schaftlichen Sektor auftreten können. Die derzeit vordringlichsten Handlungsfelder für die Anpassung an den Klimawandel in Bayern sind:

- Wasserwirtschaft,
- Landwirtschaft,
- Wald- und Forstwirtschaft,
- Naturschutz,
- Bodenschutz/Georisiken,
- Gesundheit,
- Katastrophenschutz,
- Raumordnung(Landes- und Regionalplanung,
- Bauen (Gebäudeplanung und Bautechnik),
- Städtebau/Bauleitplanung,
- Straßenbau und Verkehr,
- Energiewirtschaft,
- Industrie und Gewerbe,
- Tourismus,
- Finanz- und Versicherungswirtschaft,
- Alpenraum als besonders sensibler Raum.

Für diese Handlungsfelder werden in der BayKLAS systematisch dargestellt:

- Auswirkungen und Betroffenheit und Vulnerabilität
- Handlungsbedarf und Handlungsziele
- Bestehende staatliche und nichtstaatliche Anpassungsmaßnahmen
- Handlungsoptionen, die mittelfristig bis 2020 ergriffen werden können.

Bei der Umsetzung der BayKLAS gelten die Grundprinzipien „Eigenverantwortung und Solidarität“. Bayern setzt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf moderne, bürgerfreundliche und praxisnahe Instrumente zur Umsetzung der BayKLAS. Hierzu zählen insbesondere Vernetzung der Beteiligten, Information und Motivation der Bürger, Dialog und Erfahrungsaustausch, zielgerichtete Forschung und Monitoring, kompetente praxisgerechte Beratung, Aus- und Fortbildung sowie finanzielle Förderung.

Die Umsetzung der Maßnahmen der BayKLAS kann für den Bereich der staatlichen Anpassungsmaßnahmen anhand der Evaluierung der Umsetzung des Klimaprogramms Bayern 2020 überprüft werden. Die Erfolgskontrolle der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen der nicht staatlichen Akteure kann nur im Rahmen einer freiwilligen Selbstkontrolle durchgeführt werden.

Die Prognosen zum Klimawandel unterliegen darüber hinaus dem wissenschaftlichen Fortschritt. Unabhängig von der Erfolgskontrolle der Maßnahmen ist eine regelmäßige Nachjustierung der Anpassungsstrategie notwendig. Dies ergibt sich aus Erkenntnisfortschritten der Klimaforschung (global/regional), aus geänderten politischen, Gesellschaftlichen und naturräumlichen Rahmenbedingungen sowie praktischen Erfahrungen.

4.2 Hochwasserschutzaktionsprogramm

Ein Kernthema des StMUG stellt der Hochwasserschutz dar. Nach dem Pfingsthochwasser 1999 wurde im Mai 2001 das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 (AP2020) vom Ministerrat beschlossen. Bis zum Jahr 2020 sind Investitionen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Höhe von 2,3 Mrd. Euro vorgesehen. Bei den großen Hochwasserereignissen 2002 und 2005 konnten die Schäden gegenüber 1999 schon deutlich reduziert werden.

Die Herausforderungen des Klimawandels schlagen sich auch im AP 2020 nieder. Alle Hochwasserschutz-Planungen werden so angepasst, dass ein Anstieg der Spitzenabflüsse weiter beherrschbar bleibt.

Das AP 2020 gründet dabei auf drei Säulen, den Handlungsfeldern

- Natürlicher Rückhalt
- Technischer Hochwasserschutz und
- Hochwasservorsorge.

Ein wirkungsvoller Hochwasserschutz kann nur erreicht werden, wenn alle drei Felder ineinandergreifen.

Maßnahmen zum natürlichen Rückhalt, also

- Gewässerrenaturierungen,
- Reaktivierung von Flussauen mit ihren Auwäldern oder
- die Pufferung des Zuflusses im Einzugsgebiet,

leisten einen wertvollen Beitrag. Sie sind darüber hinaus geeignet, die Verbesserung der Biodiversität unterstützen.

Ein vollwertiger Hochwasserschutz kann durch Rückhalt allein aber nicht erreicht werden. Ergänzend sind hier technische Hochwasserschutz-Maßnahmen wie Deiche, Mauern, gesteuerte Flutpolder oder Rückhaltebecken notwendig. Exemplarisch sollen hier der Goldbergsee bei Coburg, der Drachensee bei Furth im Wald oder der Hochwasserschutz für Würzburg genannt werden, die in den diesen Monaten ihrer Bestimmung übergeben werden.

Trotz aller Anstrengungen kann es keinen hundertprozentigen Schutz geben. Hier greift die Hochwasservorsorge. Dazu gehört es, so zu bauen, dass Schäden vermieden werden. Ebenso sollen die Nutzungen angepasst werden, so dass Schadenspotenzial vermieden wird. Schließlich gilt es, das verbleibende Schadensrisiko zu versichern.

Ein zentraler Punkt bei der Hochwasservorsorge ist die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten. Mit modernsten Verfahren werden die Flächen ermittelt, die bei einem Hochwasser mit hundertjähriger

Wiederkehrwahrscheinlichkeit (HQ100) überschwemmt werden. Auf diese Weise werden bestehende Schadenspotenziale identifiziert und künftige verhindert, indem diese Gebiete von Bebauung freigehalten werden.

4.3 Biodiversitätsstrategie

Der Bayerische Ministerrat hat am 01. April 2008 eine Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Bayern ("Bayerische Biodiversitätsstrategie") beschlossen.

Herausragende Kernaufgaben sind dabei zum einen die Sicherung, Erhaltung und Pflege ausreichend vieler und großer, besonders wertvoller Biotope und Lebensräume. Diese müssen ferner noch besser miteinander vernetzt werden. Hierbei handelt es sich um die Kernelemente des Naturschutzes, die sozusagen die "grüne Infrastruktur" unseres Landes bilden.

Zum anderen ist - bei aller notwendigen Differenzierung und Abstufung - auch der Schutz der Biodiversität in der gesamten bayerischen Landschaft, in den Kultur- und Naturlandschaften notwendig. Bayern strebt daher integrative Konzepte an, die Schutz und Nutzung im Rahmen der nachhaltigen Landnutzung berücksichtigen und mit netzartigen Verbundstrukturen besondere Lebensraumelemente verbinden.

Bayerns Biodiversitätsstrategie wird in Abstimmung mit den anderen Ressorts und unter Einbeziehung der Beteiligten, vor allem der Landnutzer und Grundeigentümer, sowie der Naturschutzverbände, umgesetzt.

Die bayerische Biodiversitätsstrategie beinhaltet dazu vier zentrale Ziele:

- * Schutz der Arten- und Sortenvielfalt,
- * Schutz und Erhalt von Lebensräumen,
- * Biotopverbund,
- * Flankierende Maßnahmen (z.B. Bildung, Wissenschaft und Forschung).

Neue Impulse zur Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie wurden mit dem Projekt "Bayern Arche" angestoßen, das als Dachmarke für alle Aktivitäten zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie dient. So wurde ein unabhängiger Biodiversitätsrat eingesetzt, der das StMUG in Sachen Biodiversität beraten soll. Der Bayerische Naturschutzfond hat einen Biodiversitätspreis eingerichtet, der mit 15.000 € dotiert ist und alle 2 Jahre vergeben wird (erstmalig in 2010). In Kooperation mit der Universität Regensburg wurde begonnen eine "Genreserve-Bayern" für bayerische Wildpflanzen aufzubauen. Die neu eingerichtete Internet-Plattform <http://www. Arche. bayern. de> informiert über die Naturschönheiten der einzelnen Landkreise, nennt Projekte und fachliche Ansprechpartner für den jeweiligen Landkreis.

5 Direkte Umweltaspekte und Umweltauswirkungen

Nachfolgend stellen wir einen Auszug unserer Aktivitäten und Zielsetzungen im Bereich der direkten Umweltauswirkungen dar.

5.1 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz

Umweltchronik	
1970	Freistaat Bayern gründet erstes Umweltministerium
1972	Umstellung des gesamten Papiereinsatzes auf Recyclingpapier
1986/87	Begrünung des unterkellerten Innenhofes mit einheimischen Pflanzen der Fröttmaninger Heide
1988	Untersuchung des Beschaffungswesens und der Behördenführung nach Umweltgesichtspunkten durch den Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M)
1990	Einführung der Abfalltrennung im Dienstgebäude
1991	Ausbau der Abfalltrennung in der Kantine, Abschaffung von Getränkedosen, Einwegflaschen und anderen Einwegverpackungen
1991/92	Einbau einer energiesparenden Klimaanlage im Rechenzentrum, Austausch energieintensiver Kompressorsysteme gegen energiesparende FCKW-freie Wärmetauschersysteme mit Grundwasserkühlung
1993	Installation einer Solaranlage an der Südfassade
1993/94	Einbau energiesparender Vorschaltgeräte und Leuchtstoffröhren, Beseitigung der PCB-haltigen Komponenten
1995/96	Sanierung der Abwassergrundleitungen; vollständige Versickerung des Regenwassers
1996/97	Durchführung eines Öko-Audits nach den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93
1996/99	Einführung der Bürokommunikation mit elektronischer Vernetzung der Arbeitsplätze
1997	Veröffentlichung der Umwelterklärung 1997
1998	Beginn des Einbaus eines Lichtmanagementsystems
1999	Einführung der Gebäudeleittechnik
1999	Austausch der Heizkörperventile
1999	Auszug des Landesamtes für Umweltschutz
1999	Verstärkte Verwendung und Zubereitung von Frischwaren statt Fertigwaren in der Kantine
2000	Sanierung der Sanitäranlagen (Ostflügel) mit Austausch der Wasser- und Abwasserleitungen
2000	Umbau der ehemaligen Laborräume des LfU zu Büroräumen mit umfangreichen Umzugsaktionen
2000	Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2000“ (UmS zertifiziert nach ISO 14001)
2001	Beginn der Sanierungsarbeiten am Hausdach und der Hausfassade
2002	Sanierung der Flurbodenbeläge (Ersatz der Teppiche und PVC-Beläge durch Naturkautschukbeläge)
2002	Inbetriebnahme der neuen Solaranlage an der Fassade und auf dem Hausdach
2003	Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an der Hausfassade sowie des Umbaus von Besprechungssälen und Pforte
2003	Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2003“
2004	Ersteintragung in das EMAS-Register unter DE-155-00237
2005	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Hauptaufzüge im Eingangsbereich Südost
2006	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Aufzüge im Nordost-Flügel
2006	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2006“
2007	Austausch der letzten Bildröhren-Bildschirme durch TFT-Flachbildschirme mit deutlich geringerem Verbrauch
2008	Umstellung des gesamten Strombezugs auf CO ₂ -freien „M-Natur-Strom“
2009	Vorarbeiten zur energetischen Sanierung der Innenhoffassade

5.2 Daten und Fakten zum Standort

Das Dienstgebäude wurde 1968 in Stahlbetonskelettbauweise im Stadtteil Bogenhausen auf der grünen Wiese errichtet. Bei den Grund- und Geschossflächenzahlen sind seit 2004 keine Änderungen eingetreten. Die Flächenangaben mit ihrer Aufteilung finden sich in nachstehender Tabelle. Der Bruttorauminhalt (BRI) des Gebäudes beträgt 144.229 m³. Mit Hilfe dieser Zahlen können zu den Verbrauchs- und Emissionsdaten Kennzahlen gebildet werden.

Nutzflächen am Standort

Grundstücke und Bauten	Bestand 31.12.2008	Einheit	Anteile
		m ²	%
Grundstücksfläche		13.205	
	bebaut	6.429	50
	unbebaut	6.776	50
	befestigt	4.700	70
	unbefestigt	2.076	30
	unbegrünte Fläche	5.829	90
	begrünte Fläche	600*	10
Bruttogeschossfläche		34.475	
Nettogeschossfläche		32.223	
Verkehrsflächen (Gänge, Aufzüge etc.)		7.345	
Nebennutzflächen (Kantine, Küchen, Abstellkammern)		6.627	
Hauptnutzflächen (Büros, Besprechungs- und Technikräume)		18.251	

* ohne begrüntes Dachflächenanteil

Von der Hauptnutzfläche nutzt das Ministerium 91 %. Die übrigen 9 % teilen sich das Rechenzentrum Süd, der Bayerische Naturschutzfonds sowie ein städtischer Kindergarten. Zudem befindet sich im Untergeschoss des Ministeriums eine verpachtete Betriebskantine, die auch Externe besuchen.

Zum Gebäude gehört neben den Büro-, Besprechungs- und Technikräumen (mit Druckerei, Hauswerkstätte und Reprolabor) eine unterirdische Mehrzweckanlage mit einer Fläche von 5.780 m². Sie kann als Schutzbunker für 2.400 Personen genutzt werden und steht dem Ministerium im Normalfall als Tiefgarage zur Verfügung.

Die Entwicklung der Personenzahl im Dienstgebäude sowie der Mitarbeiterzahl des Ministeriums zeigt nachstehende Tabelle.

Beschäftigte und Personal am Standort

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Mitarbeiter (MA) des Ministeriums *	523	520	510,5	513,5	501,5	606,5	710	692	674	653
Personen am Standort insgesamt *	731	691	681	689	664	714,5	758	739	722	704

*Teilzeitbeschäftigte sind mit dem Faktor 0,5 eingerechnet. Die Jahreswerte sind gemittelt aus Personalstand am Jahresanfang und Jahresende.

Die Anzahl der Beschäftigten des Ministeriums ging von 1996 bis 2003 zurück, erhöhte sich in den Jahren 2004 und 2005 und ist seit 2006 wieder rückläufig. Grund hierfür ist, dass im Herbst 2003 das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) mit dem Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz (StMGEV) zum Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV) zusammengelegt wurde und die Beschäftigten des ehemaligen StMGEV in den Jahren 2004 und 2005 schrittweise in das Dienstgebäude am Rosenkavalierplatz umzogen. Ab 2006 wird der allgemeine Personalabbau, der bereits 2005 eingeleitet wurde, im Rückgang der Beschäftigtenzahl sichtbar. Diese abnehmende Tendenz wird auch durch die zum 30.10.2008 eingetretene Umressortierung vom StMUGV zum StMUG nicht beeinflusst.

Bei der Entwicklung der Personenanzahl am Standort ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass bis 1999 das LfU im Dienstgebäude am Rosenkavalierplatz mit untergebracht war.

5.2.1 Ausgewählte Kennzahlen im Vergleich 2007 – 2008

KENNZAHLEN 2007 und 2008				
Bezeichnung	2007 - absolut	2007 - relativ	2008 - absolut	2008 - relativ
Elektroenergieverbrauch	3.557 MWh	4.927 kWh/Pers	3.641 MWh	5:172 kWh/Pers
Heizenergieverbrauch	2.643 MWh	76,7 kWh/m ²	2.639 MWh	76,4kWh/m ²
Wasserverbrauch aus dem Trinkwassernetz	8.852 m ³	49 l pro Pers d*	8.208 m ³	46,7l pro Pers d*
Papierverbrauch gesamt (incl. extern gedruckter Veröffentlichungen)	135 t	200 kg/MA	158 t	242 kg/MA
Anteil Recyclingpapier (100% Altpapier)		97,7 %		96,9 %
Kopier- und Druckpapierverbrauch (ohne extern gedruckte Veröffentlichungen)	52.008 kg	77 kg/MA	52.591 kg	80,5 kg/MA
Abfallaufkommen gesamt	188 t	260 kg/Pers.	193,5 t	275 kg/Pers.
Abfallarten in %				
Papier	32,8%		32,4%	
Bio-Abfälle (Speisereste und Fettabscheider)	43,5%		41,2%	
Restmüll	15,8%		18,7%	
Sonstige Wertstoffe	7,9%		7,7%	
Problem- bzw. Sonderabfälle	0%		0%	
Geschäftsverkehr (DR)	2.068.725 km	3.069 km/MA	2.027.254 km	3.105 km/MA
Verkehrsträger bei DR in %				
Bahn	37%		38%	
Flugzeug	34%		27%	
PKW	29%		35%	
CO ₂ -Emissionen aus Strom**- und Fernwärme sowie Dienstreiseverkehr	2362 t CO ₂	3,5 t CO ₂ /MA	1.040 t CO ₂	1,6 t CO ₂ /MA

Das Dienstgebäude nutzen neben dem Ministerium das Rechenzentrum Süd, der Bayerische Naturschutzfonds, ein städtischer Kindergarten und eine Kantine:
 Pers = Personen im Dienstgebäude, MA = Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums
 * bei 250 Arbeitstagen; ** seit 2008 wird CO₂-freier Wasserkraftstrom

5.2.2 Ausgewählte Einzelkonten

Gebäudeanlagen

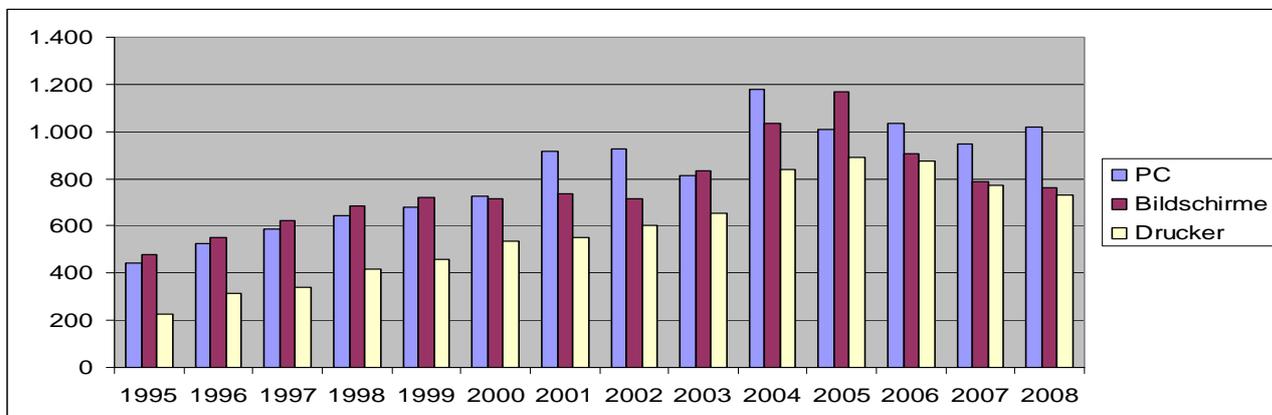
Die Gebäudeanlagen sind Teil der Infrastruktur unseres Hauses und bestimmen weitgehend den internen Ressourcenverbrauch. Die größten Energieverbraucher sind das Rechenzentrum, die Klimaanlage, die Druckerei, die Belüftungsanlagen der Tiefgarage, die Kantine sowie die Aufzüge. Mit Einführung der Gebäudeleittechnik konnte die Steuerung von Aggregaten mit hohem Stromverbrauch, wie z. B. Tiefgaragenbelüftung und Klimatisierung des Rechenzentrums optimiert, d. h. von zeitgesteuertem Betrieb auf bedarfsgesteuerten und leistungsabhängigen Betrieb umgestellt werden.

Das Dienstgebäude stammt aus dem Jahre 1968 und weist auf Grund seiner Bauweise (Stahlbetonskelettbauweise mit großen Fensterflächen – Fenster bislang thermisch nicht getrennt - und teilweiser schwacher Außenwandisolierung) relativ schlechte Werte bezüglich Wärmedämmung auf. Da sich an der Außenfassade des Gebäudes mehrere Platten der Natursteinverblendung gelöst hatten und das Gebäudedach an mehreren Stellen undicht war, mussten in den Jahren 2000 und 2001 umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Zur Sanierung wurden an den Außenseiten des Gebäudes eine Glasfassade vorgehängt und die Außenwanddämmung verbessert. Mit diesen Maßnahmen sollte neben der besseren Wärmedämmung auch eine Verbesserung des Raumklimas erzielt werden (Klimafassade). Gleichzeitig wurde die alte defekte Fotovoltaikanlage über den Fenstern der Südseite durch eine neue auf dem Dach und an der Süd-West-Flanke des Gebäudes ersetzt. Das Dach erhielt eine Begrünung und verbesserte Wärmedämmung. Die Wirksamkeit dieser Sanierungsmaßnahmen bestätigte der Rückgang der Wärmeverbrauchszahlen. Um eine weitere Reduktion der aus Beheizung verursachten CO₂-Emissionen zu erzielen, wurde die Sanierung der Innenhoffassade 2008 in das bayerische Sonderprogramm zur „Energetischen Sanierung staatlicher Gebäude“ aufgenommen. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen, damit die baulichen Maßnahmen 2010 rasch umgesetzt werden können.

Technische Anlagen und Maschinen

Die EDV-Anlagen stellen eine der Hauptgruppen bei den technischen Anlagen dar. Während bei den übrigen technischen Anlagen relativ selten Aggregate ausgetauscht werden und der Bestand nahezu konstant ist, müssen bei den EDV-Anlagen auf Grund des raschen technischen Fortschritts regelmäßig zahlreiche Rechner ausgetauscht werden. Hinzu kommt, dass seit 2004/2005 das Rechenzentrum Süd provisorisch in unserem Dienstgebäude untergebracht ist. Damit kamen in unser Dienstgebäude auch Server anderer Ressorts. Die Anzahl dieser Server wurde kontinuierlich aufgestockt. Für die erhöhte Wärmelast musste ein zusätzlicher Rückkühler nördlich unserer Außenfassade errichtet werden. Diese Anlage gehört nicht zum StMUG.

Die EDV-technische Arbeitsplatz-Ausstattung im StMUG ist hervorragend, was sich an der nachstehenden Grafik ablesen lässt. Sie stellt die Voraussetzung für ein effizientes Arbeiten dar, bei dem die Möglichkeiten eines elektronischen Dokumentenmanagementsystems sowie des internetgestützten Wissensmanagementsystems genutzt werden können.



Die jeweiligen Überhänge an EDV-Geräten ergeben sich dadurch, dass ausgesonderte Geräte im StMUG zwischengelagert werden, bevor sie zur Weiterverwendung an andere Institutionen und Behörden abgegeben werden. In der PC-Anzahl sind auch die Laptops als mobile Rechner enthalten.

Die Beschaffung der EDV-Anlagen erfolgt im Ministerium nach Umweltkriterien, wie Sparsamkeit im Energieverbrauch, Strahlungsarmut und Entsorgungsfreundlichkeit, die bei Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungsgegenständen erfassen wir nur noch den Möbelbestand, da andere Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände geringen Aussagewert haben.

Betriebs- und Geschäftsausstattung	Bestand 2000	Bestand 2001	Bestand 2002	Bestand 2003	Bestand 2004	Bestand 2005	Bestand 2006	Bestand 2007	Bestand 2008
Einheit	Stück								
Möbel	7.703	7.891	7.995	8.292	12.248	12.433	12.574	12.692	12.864

Der Bestand an Büromöbeln zeigt neben einer kontinuierlichen Zunahme einen drastischen Sprung im Jahr 2004. Grund für den Sprung war die Zusammenführung von StMGEV und StMLU. Hauptursache für den kontinuierlichen Anstieg der Möbelzahl ist, dass zum einen zahlreiche Schreibtische nicht mehr die Anforderungen an eine ergonomische, EDV-gerechte Arbeitsplatzgestaltung erfüllten und deshalb alte Bürotische mit integrierten Unterbauten durch Tische mit Rollcontainern ausgetauscht werden mussten (Folge: Erhöhung der Stückzahlen) und zum anderen, dass Büros mit zusätzlichen Besprechungseinheiten (kleine Tische mit Besucherstühlen) ausgestattet wurden.

Beim Einkauf der Büromöbel wird auf deren umweltschonende Herstellung und Zusammensetzung, auf ressourcenschonende Gebrauchseigenschaften, umweltgerechte Entsorgbarkeit und ergonomische gesundheitsschonende Eignung geachtet. Dies erfolgt durch spezielle Marktbeobachtung, Kataloge und Nachweise der Hersteller. Ausgesonderte Büromöbel werden nachgeordneten Dienststellen sowie den Beschäftigten im Hause angeboten

Büropapier

Hauptarbeitsmittel eines Ministeriums ist trotz EDV-technischer Ausstattung und Einstieg in die elektronische Vorgangsbearbeitung (Dokumentenmanagement und e-Government) nach wie vor das Papier. Wir sind seit Installation unseres Umweltmanagementsystems bestrebt, den Papierverbrauch zu begrenzen und wo möglich sogar zu reduzieren.

Büropapier-Verbrauch	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Einheit	kg									
Kopierpapier	37.185	36.471	35.858	35.409	34.009	31.226	33.952	39.627	40.554	40.378
Druckpapier	13.878	20.524	16.332	17.755	6.500	5.924	8.403	9.263	6.320	7.074
Umschläge	1.773	1.355	1.290	1.485	939	882	1.253	650	1034	1.249
Sonstiges	3.923	2.217	5.442	7.561	3.695	6.011	5.008	5.413	4.100	3.891
Gesamt	56.759	60.667	58.922	62.210	45.143	44.043	48.616	54.953	52.008	52.591

Der Papierverbrauch an den Arbeitsplatzdruckern und Kopierern (in der Liste als „Kopierpapier“ bezeichnet) ging von 1999 bis 2004 zurück, stieg in den Folgejahren aber wieder an und erreichte 2007/2008 ein Maß, was deutlich über der Ausgangsbasis im Jahr 1999 liegt. Appelle zum Papiersparen sowie die Umstellung der Arbeitsplatzdrucker doppelseitigen Ausdruck haben anscheinend nicht ausgereicht, um einem Anstieg beim Papierverbrauch entgegen zu wirken. Eine Intensivierung der appellativen Maßnahmen erscheint geboten.

Nach wie vor erfreulich ist, dass der Anteil unseres Standardpapiers, das zu 100% aus Altpapier hergestellt wird und den „blauen Umweltengel“ trägt, weiterhin fast 97 % an unserem Gesamtpapierverbrauch ausmacht. Unsere Standardpapiersorte zeichnet sich durch beste Gebrauchseigenschaften (keine Störungen bei Druckern und Kopierern, hoher Weißheitsgrad,) sowie Haltbarkeit aus.

Während wir früher noch separat die Anzahl von Kopien, die in der zentralen Vervielfältigungsstelle und an Zentralkopierern auf unseren Stockwerken hergestellt wurden, erfasst und statistisch dargestellt haben, verzichten wir nunmehr hierauf. Gründe hierfür sind: Bei der eingesetzten Gerätetechnologie (Laserdrucker/-Kopierer) und der Möglichkeit die Geräte vor Ort zu bedienen oder vom Arbeitsplatzrechner anzusteuern, lässt sich nicht mehr zwischen „Kopien“ im engeren Sinne und „Ausdrucke“ unterscheiden.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass über die internen Zählwerke an den Geräten auch Scannvorgänge, bei denen kein Papierausdruck erfolgt, mitgezählt werden.

Die Tatsache, dass wir die Kopienanzahl nicht mehr veröffentlichen, bedeutet aber nicht, dass wir die Zählerstände nicht ablesen. Die Erfassung der Zählerstände ist schon aus vertraglichen Gründen erforderlich, da die größeren Geräte i.d.R. geleast bzw. angemietet sind und sich das Nutzungsentgelt am Nutzungsumfang orientiert.

Veröffentlichungen

Auch wenn wir mit Hilfe internetgestützter Informationen versuchen, den Umfang der gedruckten Publikationen zu begrenzen, ist der Papierbedarf für gedruckte Veröffentlichungen, die zu Informationszwecken an Bürger, Vereine und sonstige Institutionen abgegeben werden bzw. über unseren Broschürendienst bestellt werden können, deutlich höher als unser Büropapierbedarf. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Papierverbrauch für Veröffentlichungen.

Veröffentlichungen - Papier in Tonnen								
2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
85	79	79	83	78	82	101	83	103

Büroartikel

Die Beschaffung von Büroartikeln im Ministerium erfolgt seit Jahren unter ökologischen Gesichtspunkten. Beispielsweise werden Schreibgeräte grundsätzlich als Mehrwegartikel eingekauft; Kugelschreiber sind in der Materialausgabe nur mit auswechselbaren Minen, nachfüllbare Faserschreiber immer auf Wasserbasis, Blei- und Buntstifte aus unlackiertem Holz und Textmarker auf Trockenbasis erhältlich.

Das Konto Büroartikel haben wir auf die Daten für Aktenordner, Toner, Folien und Artikel, die der Wiederverwendung zugeführt werden, reduziert.

Büroartikel - Verbrauch	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner, Hefter)	20.979	21.747	16.567	18.783	15.269	12.779	16.638	23.239	16.755
Toner und Tintenkartuschen	935	772	988	408	1.698	989	1.444	1.246	1.265
Datenträger	556	558	884	580	1.305	1.090	994	1.407	1.249
Kopierfolien	11.020	8.430	2.818	3.032	7.165	7.165	2.370	2.730	1.522

Die Verbrauchszahlen schwanken insgesamt sehr stark. Mit Ausnahme bei den Kopierfolien (Kunststofffolien für Overheadprojektoren) ist keine eindeutige Tendenz zu erkennen. Der Rückgang bei den Kopierfolien ist darauf zurückzuführen, dass heute i.d.R. Beamer statt Overheadprojektoren bei Vorträgen verwendet werden.

Zum Toner- und Tintenkartuschenverbrauchs ist anzumerken, dass leere Kartuschen an Händler abgegeben werden, die diese wiederbefüllen. Die Zahlenangaben in der Tabelle geben aber kein vollständi-

ges Bild, da die Verbrauchsmaterialien an geleasteten Geräten (Stockwerkskopierer) nicht mit erfasst werden.

Betriebsstoffe

In der Druckerei und im Reprolabor werden weiterhin 5 Gefahrstoffe verwendet. Für jeden Gefahrstoff werden aktuelle Sicherheitsdatenblätter und Betriebsanweisungen bereitgehalten. Die Mitarbeiter sind im Umgang mit diesen Stoffen unterwiesen. Der Verbrauch von Betriebsstoffen in der Haustechnik liegt unter einem Liter und wird daher mengenmäßig nicht mehr erfasst.

Betriebsstoffe für	Verbrauch in Liter								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Druckerei	387	325	399	67	130	142	100	70	90
Reprolabor	9	7	1	0	11	22	13	15	22
Reinigung	2.329	3.000	1.461	1.500	1.545	1.380	1.298	1.146	1.407
Notstromaggregat	600	1.600	2.200	1.480	1.628	1.340	1.300	1.300	1.300

Der Verbrauch von Reinigungsmitteln hat sich in den Jahren ab 2002 auf niedrigem Niveau eingependelt.

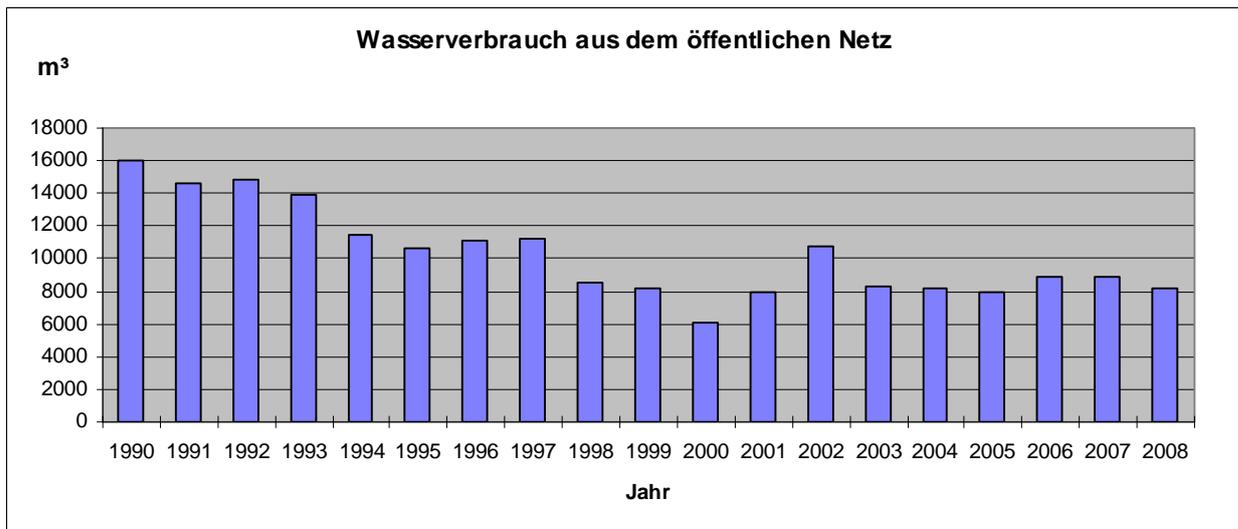
Die Gebäudereinigung wird von einer Fremdfirma durchgeführt. Der Reinigungsvertrag mit ihr gewährleistet

- die Einflussnahme auf die Auswahl der Reinigungsmittel durch das Ministerium,
- die Verpflichtung des Auftragnehmers zur energiesparenden Arbeitsweise sowie zur Lieferung von Informationen zur Art und Menge der eingesetzten Reinigungsmittel.

Wasser/Abwasser

Die Wasser- bzw. Abwassermengen beziehen sich auf das gesamte Gebäude am Rosenkavalierplatz, also nicht nur auf das Ministerium. Bis einschließlich 1995 wurde rund die Hälfte des anfallenden Regenwassers zusammen mit dem häuslichen Abwasser in die städtische Kanalisation abgeleitet. Da seit dem Umbau des Abwassernetzes (1996) alles Regenwasser über Sickerschächte dem Grundwasser zugeführt wird, wird es mengenmäßig nicht mehr erfasst.

Zu den Wassergroßverbrauchern zählen die Klimatisierung des Rechenzentrums, der Druckerei und des Besprechungstraktes, die Sanitäranlagen und die Kantine. Die mit Abstand größte Wassermenge wird für Kühlzwecke in den Klimaanlage benötigt. Dieses Wasser wird im hauseigenen Brunnen gefördert und unbelastet wieder der Versickerung zugeführt. Durch diese Form der Nutzung des Grundwassers ist es möglich, das Rechenzentrum FCKW-frei zu kühlen. Der übrige Wasserbedarf des Hauses wird durch Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz der Stadtwerke München gedeckt.

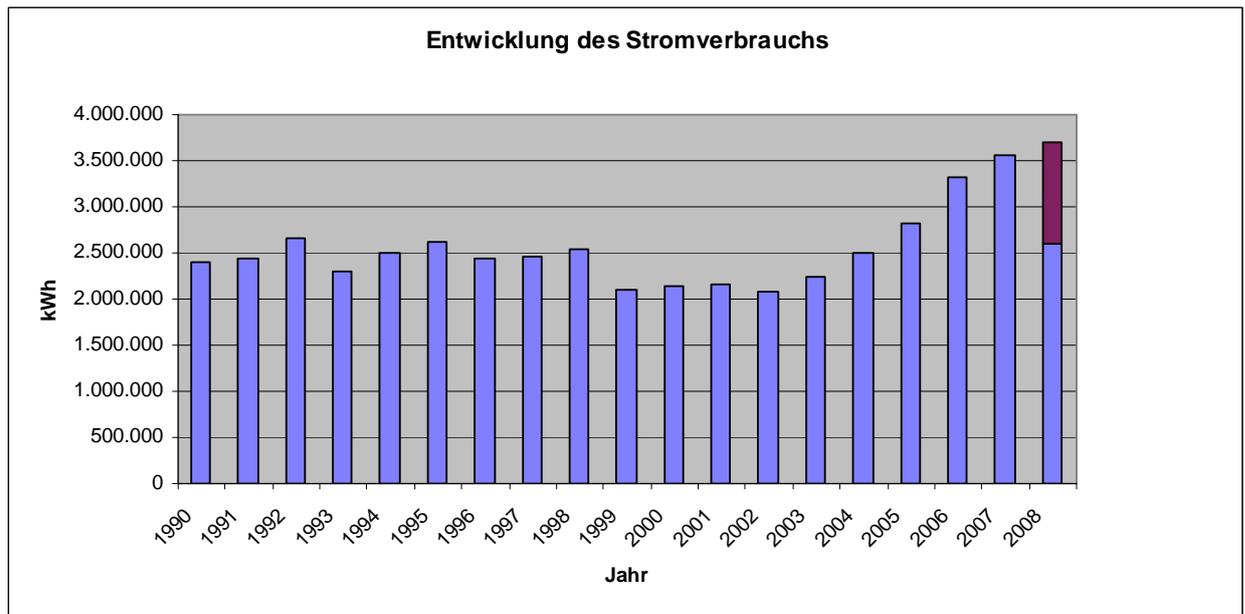


Der Wasserverbrauch aus dem öffentlichen Netz der Stadtwerke München hat sich von rund 16.000 m³ im Jahr 1990 auf rund 8.000 m³ halbiert (u.a. wegen Wegfall der Labore mit Auszug des LfU) und bewegt sich seit 2003 auf diesem Niveau. Die Ursache für den deutlichen Anstieg im Jahr 2002 konnte nachträglich nicht mehr zweifelsfrei geklärt werden. Erhöhter Wasserverbrauch in diesem Jahr war z. T. durch Baumaßnahmen und durch Bewässerungsmaßnahmen für Neupflanzungen bedingt. Der außergewöhnlich niedrige Wasserverbrauch im Jahr 2000 ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Jahr wegen Sanierung alle Toiletten und Teeküchen im Ostflügel des Gebäudes geschlossen waren. Derzeit sehen wir keinen Bedarf den Trinkwasserverbrauch weiter zu reduzieren.

Energie

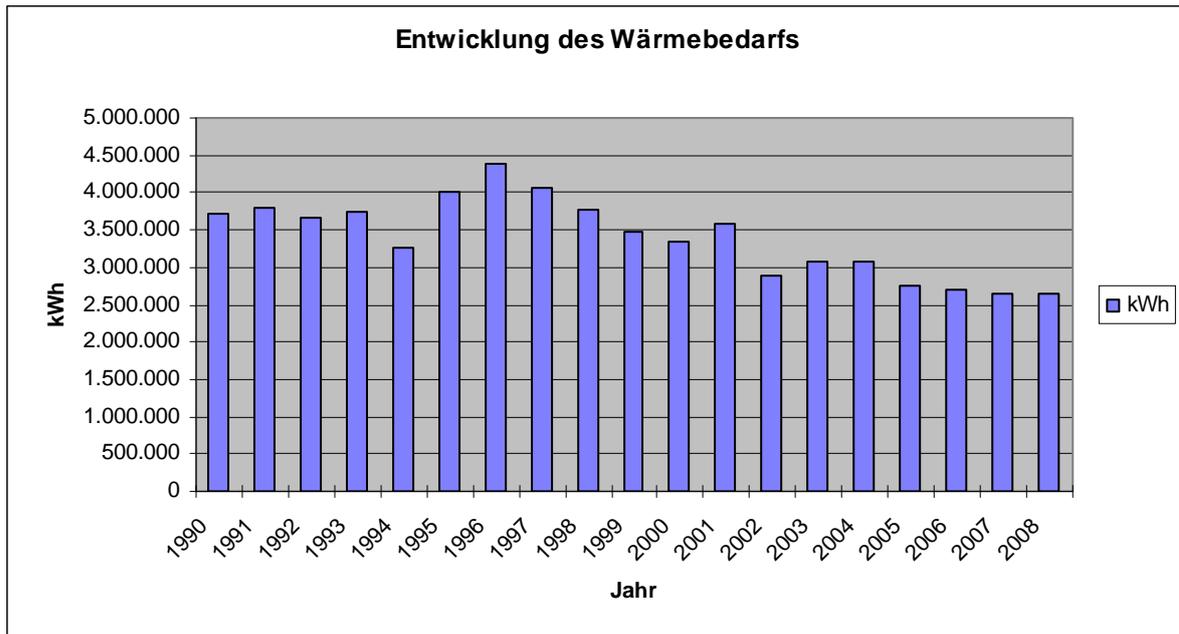
In der Energiebilanz des StMUG werden die Energieverbräuche für das Dienstgebäude sowie der Treibstoffverbrauch für die Dienstfahrzeuge berücksichtigt. Die Verbräuche der anderen Verkehrsträger bei Dienst- und Fortbildungsreisen werden lediglich rechnerisch in der CO₂-Bilanz mit berücksichtigt.

Energie	Verbrauch 2001	Verbrauch 2002	Verbrauch 2003	Verbrauch 2004	Verbrauch 2005	Verbrauch 2006	Verbrauch 2007	Verbrauch 2008
	kWh							
Strom	2.169.980	2.082.560	2.190.460	2.439.220	2.763.760	3.269.440	3.510.920	3.640.840
Fernwärme	3.587.300	2.888.800	3.071.730	3.074.800	2.752.200	2.689.000	2.643.970	2.638.570
Sonnenenergie	0	3.200	58.920	54.211	53.154	55.617	46.467	59.223
Zwischensumme	5.757.280	4.974.560	5.321.110	5.568.231	5.569.114	6.014.057	6.201.357	6.338.633
	Liter							
Dieselöl für Notstrom	1.600	2.200	1.480	1.628	1.340	1.300	1.300	1.300
Treibstoffe	Liter							
Diesel/Benzin	37.057	37.453	36.130	52.371	50.147	43.825	41.297	45.846



Der Stromverbrauch nahm nach einer Stagnationsphase in den Jahren 2000 bis 2003 bis heute stark zu. Ursache hierfür ist in erster Linie der erhöhte Stromverbrauch durch zusätzliche Servereinheiten im Rechenzentrum. Da durch die ressortfremden Server im Rechenzentrum unsere Stromenergiebilanz „verfälscht“ wird, erfassen wir seit Ende 2007 den anteiligen Verbrauch des Rechenzentrums über Zwischenzähler. Mit Hilfe dieser Zwischenzähler konnten wir im vergangenen Jahr den Stromverbrauch des Rechenzentrums ermitteln und haben dies in der Stromverbrauchsgrafik dargestellt (dunkler Balkenabschnitt). Da aber auch ohne Ausbau des Rechenzentrums unser Stromverbrauch seit 2002 deutlich angestiegen ist, gilt es einem weiteren Anstieg durch zusätzliche und leistungsfähigere Elektrogeräte (vorrangig in den Bereichen PC, Drucker etc.) und durch erhöhten Verbrauch für Klimatisierungszwecke entgegenzuwirken.

Über unsere drei am und auf dem Gebäude installierte Fotovoltaikanlagen werden jährlich zwischen 50.000 und 60.000 KWh Strom erzeugt. Dies entspricht dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von ca. 20 – 25 Haushalten. Lediglich im Jahr 2007 kam es aufgrund des Ausfalls einer Sicherung an einem Wechselrichter zu einer verminderten Stromeinspeisung in das Hausnetz.



Das Dienstgebäude wird über Fernwärme beheizt, die im nahe gelegenen Müllheizkraftwerk München-Nord erzeugt wird. Der Rückgang des Fernwärmebedarfs für unser Dienstgebäude nach 2001 ist auf den Einbau der Klimafassade mit besserer Wärmedämmung an der Außenfassade und die Isolierung des Daches zurückzuführen. Eine weitere Reduktion erwarten wir durch die thermische Sanierung der Innenhofassade. Als federführendes Ministerium beim Klimaschutz konnten wir erreichen, dass unser Dienstgebäude in das Sonderprogramm zur „Energetischen Sanierung staatlicher Gebäude“ aufgenommen wurde. Im Rahmen dieses Sonderprogramms werden 2010 im Innenhofbereich die fast 40 Jahre alten Alufenster durch moderne dreifach verglaste Fenster ersetzt und eine Wärmedämmung angebracht. Die dadurch erzielbare Einsparung von Wärmeenergie (nach Prognose rund 15 %) wird in den Verbrauchsdaten und Diagrammen ab 2011 sichtbar werden.

Als weitere Energieträger finden Benzin und Diesel (bis 2000 auch Gas) als Treibstoffe für Dienstfahrzeuge sowie für unsere beiden Notstromaggregate Verwendung. Die Verbrauchsdaten für die Jahre 2000 bis 2008 sind ebenfalls in der Energie-Tabelle aufgelistet. Der Treibstoffverbrauch der Dienstfahrzeuge ist in erster Linie vom Fahrtaufkommen, aber auch von der Fahrweise abhängig. Durch den jährlichen Austausch der geleasteten Fahrzeuge ist sichergestellt, dass immer effizientere Motoren zum Einsatz kommen, deren spezifischer Kraftstoffverbrauch und damit verbundene CO₂-Emissionen immer weiter zurück gehen.

Abfälle

Abfälle	Output 2002	Output 2003	Output 2004	Output 2005	Output 2006	Output 2007	Output 2008
Abfälle zur Verwertung	in to						
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle							
Papier	87,0	102,4	92,6	82,0	92,8	61,7	62,7
Glas	1,8	1,9	1,7	2,7	3,9	4,7	5,7
Holz, Metall, Kunststoffe	13,7	13,7	10,9	7,7	7,0	6,0	5,8
Nicht mehr gebrauchsfähige Büromöbel und EDV-Geräte	13,4	15,8	15,3	12,0	8,3	4,2	3,4
Problem- bzw. Sonderabfälle (in Liter)							
Silberhaltige photographische Rückstände	0,2	0,1	0,03	0,1	0,04	0	0
Bio-Abfälle							
Speiseabfälle	28,5	24,6	26,4	28,6	26,6	22,2	19,7
Fettabscheider	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Abfälle zur Beseitigung							
Restmüll (hausmüllähnlich)	48,9	50,0	58,1	39,9	37,5	29,5	36,2
nicht verwertbare Sonderabfälle	0,4	0,5	0,5	0	0	0	0
Gesamt	254,0	269,0	265,5	233,0	236,1	188,3	193,5

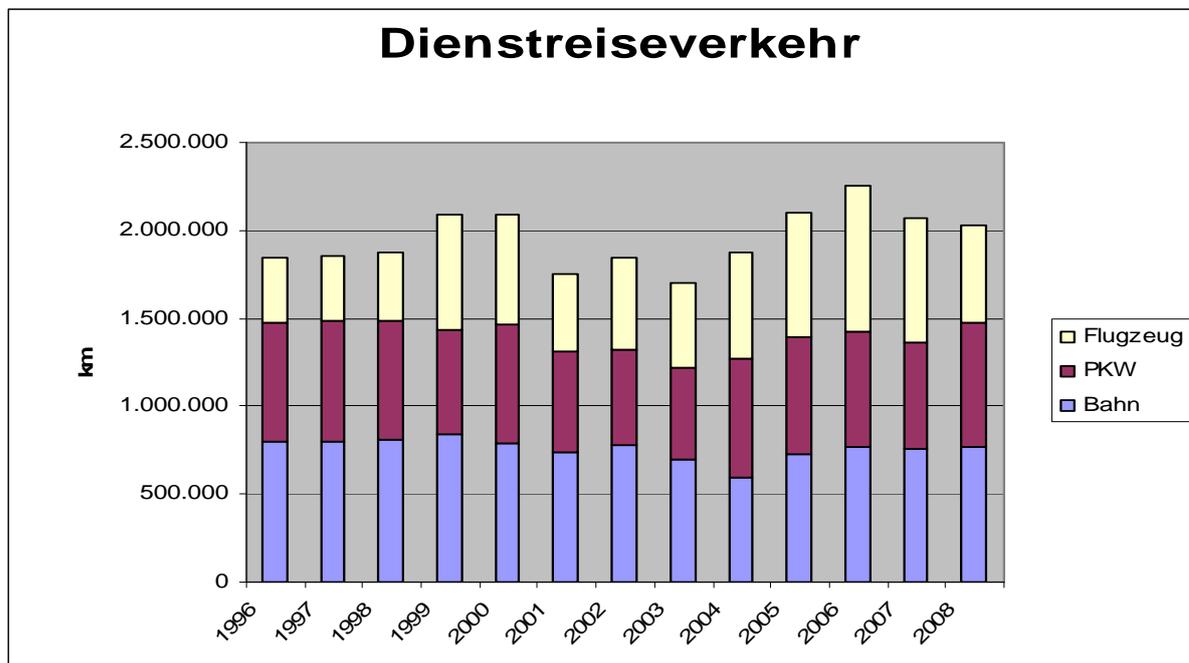
Die Ermittlung der einzelnen Abfallmengen beruht zum Teil auf Schätzungen, da einzelne Abfallfraktionen nicht nach Gewicht, sondern nach Behältervolumen und Entleerungsturnus abgerechnet werden. Im StMUG werden die Fraktionen Glas, Holz, Blech, Kunststoff, Papier, Restmüll, Speiseabfälle, Fettabscheiderabfälle und Leuchtstoffröhren getrennt erfasst und der Entsorgung zugeführt. Die Entsorgung erfolgt bei Glas, Holz, Blech, Kunststoffen und Papier über einen größeren Entsorgungsfachbetrieb, beim Restmüll über die Müllabfuhr der Landeshauptstadt München (Abrechnung nach Gewicht), bei den Speiseabfällen aus der Kantine über Abfuhr zur Tierkörperverwertung (Abrechnung nach Gewicht), bei den Fettabscheiderabfällen über einen Entsorgungsfachbetrieb (Abrechnung nach Abfuhrturnus), bei den Sonderabfällen über das Giftmobil der Landeshauptstadt München und die GSB (Abrechnung nach Gewicht) und bei den Leuchtstoffröhren über eine zugelassene Recyclingfirma (Abrechnung nach Stückzahl). Batterien werden nicht erfasst.

Die Entwicklung der Abfallmengen zeigt insgesamt eine abnehmende Tendenz. Wir setzen darauf, dass diese Entwicklung weiter anhält und halten derzeit keine gesonderte Ziele und Maßnahmen in diesem Bereich für erforderlich.

Verkehr

Die durch Verkehr verursachten Emissionen machen neben dem Strom- und Wärmeenergieverbrauch für das Dienstgebäude einen wesentlichen Teil unserer direkten Umweltbelastungen aus. Eine Verringerung

des Dienstreiseverkehrs ist kaum möglich, da die Aufgaben vor allem im Bereich der länderübergreifenden, EU-weiten und internationalen Zusammenarbeit zunehmen.



Unsere Bemühungen konzentrieren sich deshalb darauf, die Effizienz der Dienstreisen zu steigern und bei der Wahl der Verkehrsmittel Umweltbelange ausreichend zu berücksichtigen. Angesichts beschränkter Arbeitszeit steht das Ziel der Benutzung möglichst umweltfreundlicher Verkehrsmittel dabei häufig dem Ziel Einsparung von Reisezeiten entgegen.

Grundsätzlich hat die Benutzung der Bahn bei Dienstreisen innerhalb und außerhalb Bayerns Vorrang, soweit akzeptable Verbindungen angeboten werden und sich die Reisezeiten im Vergleich zum Flugzeug in vertretbarem Umfang bewegen. Im Stadtgebiet sind grundsätzlich öffentliche Nahverkehrsmittel zu nutzen. Durch diese Vorgaben gelingt es uns, dass auf Dienstreisen die Bahn nach wie vor zu mehr als einem Drittel eingesetzt wird.

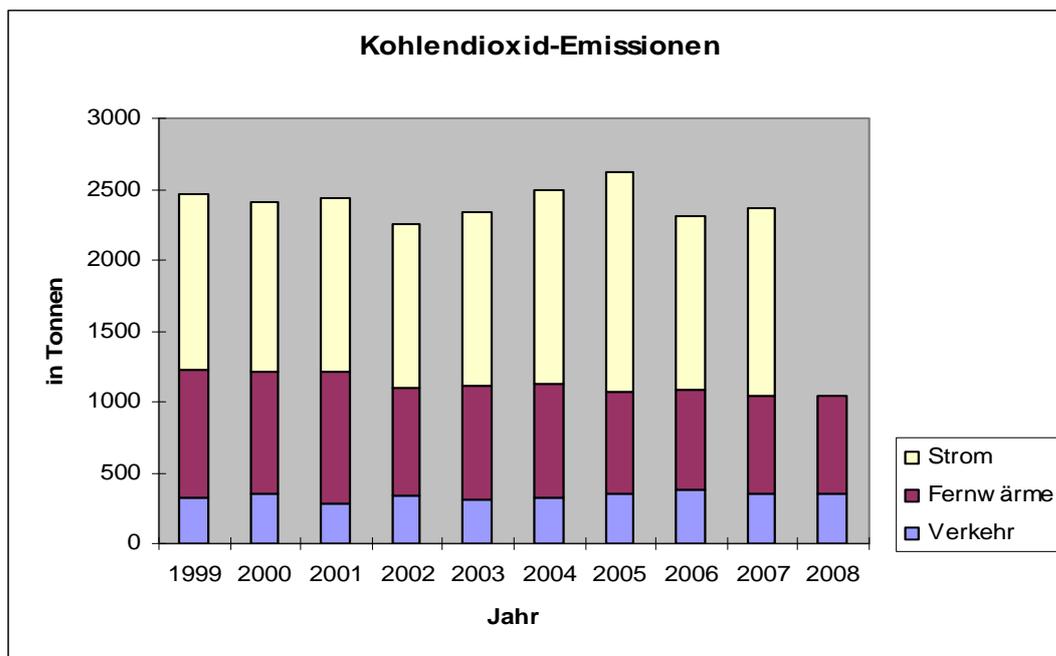
Um Besuchern zu zeigen, dass das Ministerium mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut zu erreichen ist, sind auf unseren Briefbögen und auch in unserem Internet-Angebot die entsprechenden Anreisemöglichkeiten mit dem ÖPNV dargestellt.

Eine weitere Möglichkeit die Emissionen und den Ressourcenverbrauch beim Dienstverkehr und dem täglichen Arbeitswegverkehr zu begrenzen, sehen wir in der Förderung emissionsfreier Antriebstechnologien wie der Nutzung des Fahrrads und von Elektrofahrzeugen. Während wir die Nutzung des Fahrrads schon lange durch dadurch fördern, dass wir den Beschäftigten für ihre Fahrräder oberirdische Stellplätze sowie einen großen Kellerraum zur Verfügung stellen und in den vergangenen Jahren an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ teilgenommen haben, wobei das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit im Rahmen seiner Initiative "Gesund.Leben.Bayern." diese Aktion mit als Hauptsponsor ge-

fördert hat, nehmen wir 2009 an einem 3-monatigen Feldversuch mit einem Elektroauto Teil und beabsichtigen aus den Ergebnissen des Feldversuchs Bedingungen abzuleiten, wie wir Elektrofahrzeuge im Dienstgebrauch oder die Beschäftigten bei ihrem Weg zur Arbeit einsetzen können.

Kohlendioxid-Emissionen

Die Federführung des StMUG im Klimaschutz in Bayern stellt für uns eine besondere Verpflichtung bei der Begrenzung der CO₂-Emissionen aus unserem Dienstbetrieb dar. Sie war für uns auch der Grund, dass wir seit 2008 unseren Stromverbrauch gänzlich auch CO₂-freien Strom umgestellt haben. Erkennbar ist dies in der nachstehenden Grafik zu den Kohlendioxid-Emissionen, in der für das vergangene Jahr 2008 beim Strom „Null“ CO₂-Tonnen ausgewiesen sind. Auch wenn wir unseren Stromverbrauch „klimaneutral gestellt haben“, sind wir selbstverständlich bestrebt, den Stromverbrauch weiterhin zu begrenzen. Bei einer weiteren Hauptquelle unserer CO₂-Emissionen - der Fernwärme - erwarten wir ab 2011 einen deutlichen Rückgang, da dann die energetische Sanierung der Innenhoffassade abgeschlossen sein wird.



Bei den dargestellten Emissionswerten in Tonnen pro Jahr handelt es sich um Werte, die mit Hilfe von spezifischen Umrechnungsfaktoren auf Basis der kW-Stunden beim Fernwärme- und Stromverbrauch und bei den Dienstreisen auf Basis der Personenkilometer berechnet wurden. Die CO₂-Emissionen aus der Papierherstellung oder Herstellung sonstiger im Ministerium eingesetzter Materialien wurden wegen rechnerischer Unsicherheiten nicht ermittelt. Ebenso wenig wurden die Emissionen aus den mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführten Dienstfahrten im Stadtgebiet sowie dem Pendler-, Besucher- und Lieferantenverkehr erfasst.

Auch wenn wir die CO₂-Emissionen aus dem täglichen Weg der Beschäftigten zur Arbeitsstelle nicht erfassen, so sind wir bestrebt, auch hier umweltgünstige und CO₂-freie oder -arme Verkehrsmittel zu unterstützen.

5.2.3 Umweltbilanz

Umweltbilanz 2008 - Übersicht									
Einheit	Bestand 31.12..07	Input 2008	Nr.	Input Kontenbezeichnung	Output 2008	Nr.	Output Kontenbezeichnung	Bestand 31.12..08	Einheit
			1.	Anlagegüter		1.	Anlagegüter		
m ²	13.205	0	1.1	Grundstücke und Bauten	0	1.1	Grundstücke und Bauten	13.205	m ²
Stück	194	10	1.2	Gebäudeanlagen	0	1.2	Gebäudeanlagen	205	Stück
			1.3	Technische Anlagen und Maschinen		1.3	Technische Anlagen und Maschinen		
Stück	2.558	388	1.3.1	DV-Anlagen	379	1.3.1	DV-Anlagen	2.567	Stück
Stück	2.824	75	1.3.2	Büromaschinen, Telekommunikation	22	1.3.2	Büromaschinen, Telekommunikation	2.877	Stück
Stück	291	5	1.3.3	sonstige technische Einrichtungen	5	1.3.3	sonstige technische Einrichtungen	291	Stück
Stück	11	13	1.3.4	Fuhrpark	11	1.3.4	Fuhrpark	13	Stück
			1.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Stück	12692	291	1.4.1	Möbel	1119	1.4.1	Möbel	12.864	Stück
			2.	Umlaufgüter		2.	Umlaufgüter		
			2.1	Papier		2.1	Papier		
t	10	53	2.1.1	Büropapier, techn. Papiere	52	2.1.1		11	t
			3.	Wasser		3.	Abwasser		
m ³		8.208	3.1	Trinkwasser	8.208	3.1	Abwasser		m ³
m ³		605.776	3.2	Kühlwasser	605.776	3.2	Kühlwasserversickerung		m ³
kWh		6.338.633	4.	Energie		4.	Abwärme		
kWh		3.640.840	4.1	Strom					
kWh		2.638.570	4.2	Fernwärme					
l		45.846	4.4	Treibstoffe (Benzin/Diesel)					
kWh		59.223	4.5	Sonnenenergie					
					1935	5.	Abfälle (Reststoffe) gesamt		to

Umweltprogramm (direkte Umweltauswirkungen) - UP 2009

Zur Verbesserung der direkten Umweltauswirkungen aus unserem Verwaltungsbetrieb haben wir uns nachstehendes Umweltprogramm für die kommenden drei Jahre vorgenommen.

Nr.	Ziele	Maßnahmen z. B.	Termin	verantwortlich
1	Reduktion des Wärmeverbrauchs und der damit verbundenen CO₂-Emissionen für das Dienstgebäude um mindestens 5 % gegenüber dem Vergleichsjahr 2008	Sanierung der Innenhoffassade durch Austausch der Fenster und Anbringen einer Wandwärmeeisolation Erreichen des Reduktionsziels	2010 2012	Z4 mit Z7
2	Begrenzung des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Stromnetz	Beobachtung der Entwicklung des Stromverbrauchs unter Berücksichtigung der Verbrauchsanteile des Rechenzentrums Zentrale Konfiguration der Energiesteuerungsoptionen (Hibernate, Stand-By) an den PC-Arbeitsplätzen. Einsatz von Thin Clients für Heimarbeitsplätze. Abstimmung mit den Rechenzentren (Green-IT; Umweltstandards für zentrale Ausschreibungen)	jährlich 2010 2010 / 2011 laufend	Z7 Z6
		Beobachtung Leistungsentwicklung der Photovoltaikanlage	halbjährlich	Z7 mit 71
3	Reduktion des Treibstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen beim Fuhrpark um 3 % gegenüber dem Vergleichsjahr 2008	Überprüfung bei Ersatzbeschaffungen (auch Leasing), ob Fahrzeuge aus geringerer Leistungsklasse bzw. mit geringerem CO ₂ -Ausstoß beschafft werden können Vierteljährliche Erfassung des Durchschnittsverbrauchs der Fahrzeuge; bei Überschreitung des Durchschnittsverbrauchs des Vorjahres Gegenmaßnahmen treffen (z.B. gesonderte Fahrerschulung)	laufend 2012	Z7 Z7
4	Begrenzung der CO₂-Emissionen bei Dienstfahrten und beim Weg zur Arbeitsstätte	Grundsätzlich keine Stadtfahrten mit Dienst-PKW zu Zielen mit ÖPNV-Anschluss; (neben ÖPNV-Nutzung intensivierte Nutzung der Diensträder) Auswertung der Ergebnisse aus der Beteiligung am Feldversuch Elektroauto und E-Tankstelle	laufend 2009	Z7 Z7 mit 71
		Untersuchung der Bedingungen für E-Mobilität und E-Tanken für den Dienstbetrieb und die Beschäftigten	2009	Z7 mit 7 unter Beteiligung des EMAS-Teams
5	Begrenzung des Papierverbrauchs und der Verbrauchsmaterialien beim Kopieren sowie Ausdrucken - auf dem erwarteten Wert des Jahres 2009	Papierverbrauchssteuerung: Analyse des PC-Druckaufkommens zur Entwicklung eines Drucker- und Kopiererkonzepts.	2009 / 2010 dauerhaft	Z6 mit Z7 unter Beteiligung des EMAS-Teams
		Hinweise zum Ausdrucken und Kopieren für die Beschäftigten mit regelmäßiger Erinnerung an den Grundsatz des doppelseitigen Ausdrucks/Kopierens	regelmäßig	Z6
		Beratung bei der Festlegung der Auflagenstärke von Veröffentlichungen	laufend	K2
6	Verstärkte Integration der Beschäftigten im EMAS-Prozess	Intensivierung von Informationen und Appellen <ul style="list-style-type: none"> o Regelmäßige Behandlung in der RLB der Abt. Z o Regelmäßige E-Mail-Informationen zu ausgewählten Themen (mindestens 5 Mitteilungen pro Jahr) o Einbindung bei der Entwicklung von Konzepten 	laufend	EMAS-Team

6 Das Umweltmanagementsystem (UmS) des StMUG

6.1 Organisationsgrundsatz für das UmS

Unser Umweltmanagementsystem (UmS) basiert auf dem Grundgedanken, dass Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Prozessabläufe sich weitgehend vorhandener Strukturen (vorrangig Geschäftsverteilungsplan und Organigramm) bedienen sollen. Dies ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und hat den Vorzug, dass bei organisatorischen und personellen Änderungen i.d.R. keine Änderung der Systemelemente und –beschreibungen erforderlich wird. EMAS ist damit in der Gesamtorganisation des Ministeriums voll integriert.

6.2 Systemelemente des UmS

Für die einzelnen Systemelemente unseres UmS sind folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:

UmS-Element	Verantwortung
Umweltpolitik (Umweltleitlinien)	Staatsminister
Umweltmanagement (Umweltmanagementvertreter)	Amtsleiter
Pflege und Dokumentation des UmS	Umweltmanagementbeauftragter
Teilaufgaben im Umweltmanagementsystem	Verantwortliche nach Matrix im UmHB
Umweltbetriebsprüfung	Umweltmanagementbeauftragter
Umwelterklärung	Staatsminister

6.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik i.S. von EMAS umfasst die umweltbezogenen Gesamtziele und Handlungsgrundsätze des StMUG, einschließlich der Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften und der Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung. Eine aktuelle Formulierung unserer Umweltpolitik findet sich in Kapitel 3.

Umweltziele, Bayern-Agenda 21, Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung Bayern“ und Umweltprogramm

Die Umweltpolitik mündet u.a. in der Festlegung von Umweltzielen, die bezogen auf die „indirekten Umweltauswirkungen“ durch konkrete Maßnahmen in der Bayern-Agenda 21, im Aktionsprogramm "Nachhaltige Entwicklung Bayern" und im „Umweltbericht Bayern 2007“ sowie spezifischen Sonderprogrammen unterlegt sind, und im Bereich der „direkten Umweltauswirkungen“ im Umweltprogramm 2009 ihren Niederschlag finden.

Umweltmanagementvertreter

Der Umweltmanagementvertreter (Amtsleiter) vertritt das UmS nach außen. Operationelle Teilaufgaben innerhalb des Systems sind entsprechend einer Verantwortungsmatrix im Umweltmanagement-Handbuch (UmHB) delegiert.

Ausgewählte operative Teilaufgaben im UmS

- Koordinierung, Controlling und Ansprechpartner

Die Erledigung von Teilaufgaben aus dem UmS wie beispielsweise die regelmäßige Datenerhebung, Datenbewertung, das Ziehen von Schlussfolgerungen aus den Daten, das Fertigen von Berichten, die Durchführung von internen und externen Prüfungen (Audits), der Entwurf von Programmen und Bilanzen erfordert eine Koordination und ein Controlling. Der UmB ist zuständig für die oberste Ebene der Koordination. Er erstellt Zeitpläne und überwacht die Einhaltung der Zeitpläne. Bei der Umsetzung wird er durch ein EMAS-Team unterstützt, das von ihm geleitet wird. Das EMAS-Team besteht aus den „Kordinatoren für die indirekten und direkten Umweltauswirkungen“, Beschäftigten aus den Bereichen „Innerer Dienstbetrieb“, „LuK“, „Bau“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Aus- und Fortbildung“ sowie einem Vertreter des Personalrats.

Die Koordinatorin indirekte Umweltauswirkungen fordert die Beiträge aus dem Bereich indirekte Umweltauswirkungen (vorrangig Fachabteilungen) an und bereitet diese EMAS gerecht auf. Ergänzend hierzu stellt sie den Informationsfluss zum EMAS-Team sicher und überprüft die regelmäßige Fortschreibung von Programmen, Berichten und der Umweltindikatoren.

Der Koordinator direkte Umweltauswirkungen bündelt die Aktivitäten im Bereich direkte Umweltauswirkungen. Hierzu gehören insbesondere:

- o Datensammlung und Bewertung für die jährlichen Bilanzen in den Einzelkonten
- o Koordination der internen Audits in den Referaten Z4, Z5, Z6 und Z7
- o Entwickeln von Umweltprogrammen (UP)
- o Controlling der Einhaltung der Maßnahmen im UP
- o Ansprechpartner für Verbesserungsvorschläge und Beschwerden bzgl. des direkten Bereichs

- Fachaufgaben im Bereich indirekte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Organisationszweck)

Im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen aus den fachlichen Aufgaben (Tätigkeiten des StMUG) greift die fachliche Zuständigkeitszuteilung gemäß Geschäftsverteilungsplan, d.h. die Aufgaben werden eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen erledigt.

Die indirekten Umweltauswirkungen des StMUG sind eng mit der Tätigkeit ressortexterner Akteure verknüpft, so dass positive indirekte Umweltauswirkungen des StMUG oft nur im Benehmen mit anderen Ressorts, Kommunen oder Partnern aus den gesellschaftlichen Gruppierungen erreicht werden können. Die Ressorts sind daher auch regelmäßig bei der Formulierung konkreter umweltpolitischer Ziele beteiligt und eingebunden.

- **Fachaufgaben im Bereich direkte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Dienstbetrieb)**

Das Umweltmanagement im Bereich der direkten Umwelteinwirkungen bezieht sich auf den Dienstbetrieb, das Dienstgebäude sowie die durch Dienst- und Fortbildungsreisen und den Weg zur Arbeit bedingten Umwelteinwirkungen. Der Bereich der direkten Umweltauswirkungen betrifft damit vorrangig den Aufgabenbereich der Abteilung „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen“ sowie sämtliche Beschäftigte als Nutzer von Dienstgebäude, Gebäudeeinrichtungen und Dienstreisende. In diesem Bereich werden in Anlehnung an unsere erste Umwelterklärung von 1997 folgende Konten betreut: Anlagegüter (Grundstücke und Bauten, Gebäudeanlagen), Technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geräteausstattung, Umlaufgüter (Papier, Büroartikel, Betriebsstoffe), Wasser und Abwasser (Trinkwasser, Kühlwasser, Abwasser), Energie (Strom, Fernwärme, Heizöl, Treibstoffe, Sonnenenergie), Abfälle und Verkehr (Dienst- und Fortbildungsreisen).

Darüber hinaus werden auch die umweltrelevanten Aufgabenbereiche Arbeitssicherheit und Lärmschutz, Gefahrstoffe und Unfallfolgen in der Abteilung Z wahrgenommen soweit sie das Dienstgebäude oder den Dienstbetrieb am Rosenkavalierplatz betreffen.

Kontenübergreifend ergeben sich aus dem UmS folgende einheitlichen Aufgabenbereiche:

- o Beschaffung
- o Wartung und Bestandsverwaltung
- o Entsorgung

Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten werden einheitlich folgende Grundsätze beachtet:

Beschaffung

Vor der Beschaffung steht die Bedarfsprüfung. Ist diese positiv abgeschlossen, erfolgt eine ökologische Bewertung unterschiedlicher Produkte und Güter. Grundsätzlich bevorzugt das StMUG Produkte aus Recyclingmaterialien oder nachwachsenden Rohstoffen, die umweltverträglich hergestellt wurden. Sie sollen sich zudem durch Langlebigkeit, Reparatur- und Wartungsfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichnen. Bei der Beschaffungspraxis orientieren sich die Beschaffungsstellen unter anderem an den „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“ des StMWIVT (Regelmäßige Fortschreibung der Anlagen durch Bek. des StMWIVT), am „Handbuch Umweltfreundliche Beschaffung“ des Umweltbundesamtes sowie Marktbeobachtungen der Beschaffer hinsichtlich der Umwelteigenschaften von Produkten.

Alle Beschaffer sollen auf die Produzenten und Lieferanten hinsichtlich ihres Umweltverhaltens einwirken.

Wartung und Bestandsverwaltung

Schon bei Auswahl von Produkten oder Planung von baulichen Maßnahmen sind die Gesichtspunkte der späteren Wartung zu berücksichtigen. Insofern ist enge Abstimmung der Beschaffer mit den für die Wartung beauftragten Beschäftigten notwendig. Für hochwertige Wirtschaftsgüter ist neben der Inventarisierung (aus den haushaltrechtlichen Vorgaben) das Erstellen von Wartungsplänen erforderlich. Zur Bestandsverwaltung wird das elektronische System BayIVS eingesetzt. In den Wartungs- und Betriebsanweisungen sind auch die Gesichtspunkte des Arbeits- und Unfallschutzes zu berücksichtigen. Bei Vergabe von Wartungsarbeiten an Dritte, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese sich umweltgerecht verhalten (insbesondere bzgl. der Art und Menge der eingesetzten Stoffe, der Wiederverwendung und Entsorgung von Anlagenteilen, der Entsorgung von Verpackungsmaterialien).

Zu den Wartungsarbeiten am Dienstgebäude gehört auch die Reinigung des Dienstgebäudes, die an Dritte vergeben ist.

Entsorgung

Oberstes Ziel des Abfallwirtschaftskonzepts ist es, Abfälle möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, sorgen das StMUG mit seinen Mitarbeitern für eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung der entstehenden Abfälle. Im Bereich des allgemeinen Dienstbetriebs tragen hierzu alle Beschäftigten durch folgende Maßnahmen bei: Sorgsamer Umgang mit Büroeinrichtungen und Gerätschaften, sparsamer Umgang mit Papier, Trennung von Altpapier von sonstigen Abfällen in den Büros. Abfalltrennung bei Entleerung der Abfallbehälter in den Teeküchen. Gesonderte Anforderungen bezogen auf die einzelnen Konten finden sich in der Anlage zum UmHB.

Rechtskonformität

Ein wesentliches Ziel von EMAS besteht in der "Sicherstellung der Rechtskonformität" der teilnehmenden Organisation. Das StMUG führt seinen Standort ein Verzeichnis, in dem die umweltrelevante Rechtsvorschriften enthalten sind. Die Verantwortung zur Einhaltung und Umsetzung der standort- und dienstgebäudespezifischen Vorschriften obliegt den Organisationseinheiten, die nach GVPI mit den einschlägigen Aufgaben betraut sind.

Umweltbetriebsprüfung

Die Umweltbetriebsprüfung umfasst die regelmäßige Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung, Systembeschreibungen und Systemelemente zunächst durch interne Prüfer (interne Auditoren) und anschließend durch einen externen Umweltgutachter. Der UmB trifft in Absprache mit dem EMAS-Team die Festlegungen zur Umweltbetriebsprüfung, stellt jährlich einen Zeit- und Arbeitsplan auf. Der UmB fertigt mit

Unterstützung des EMAS-Team einen Prüfbericht über internen Audits und legt diesen zur Kenntnisnahme und Entscheidung dem Umweltmanagementvertreter (Amtsleiter) vor.

Der externe Umweltgutachter erhält den Prüfbericht zu den internen Audits, führt stichprobenweise Prüfungen vor Ort und Gespräche mit Verantwortlichen im UmS durch und fasst seine Ergebnisse in einem Gutachterbericht zusammen.

7 Gültigkeitserklärung

Gültigkeitserklärung

Der
Umweltgutachter
Dipl.-Ing. Henning von Knobelsdorff
Mozartstraße 44
53115 Bonn

hat das Umweltmanagement-System, die Umwelleistungen, die Umweltbetriebsprüfung
und ihre Ergebnisse sowie die Umwelterklärung der obersten Landesbehörde

**Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Gesundheit
StMUG
Rosenkavalierplatz 2
in
81925 München**

auf Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und
des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem
Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMASII) in
der Fassung vom 03. Februar 2006 geprüft und die vorliegende Umwelterklärung für gültig
erklärt.

Der Wahrheitsgehalt und die Vollständigkeit der Daten dieser Umwelterklärung wird bestätigt.

Die nächste validierte Umwelterklärung wird der Registrierstelle spätestens bis zum 19.
Dezember 2012 vorgelegt.

In den Jahren 2010 und 2011 wird der Öffentlichkeit eine durch den Umweltgutachter geprüfte
aktualisierte Umwelterklärung zugänglich gemacht.

Bonn, den 27. November 2009

Henning von Knobelsdorff
Umweltgutachter
DE-V-0090

Impressum und Ansprechpartner

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG, Dezember 2009)

Hausadresse: Rosenkavalierplatz 2, 81925 München

Postfachadresse: Postfach 81 01 40, 81901 München

E-Mail: poststelle@stmug.bayern.de

<http://www.stmug.bayern.de>

Ansprechpartner bei Fragen oder Anregungen:

- zum Umweltmanagement im StMUG:

Johannes v. Mücke, Umweltmanagementbeauftragter, Leiter des EMAS-Teams;

Tel.: (089) 9214 – 3549; johannes.muecke@stmug.bayern.de

- zum Bereich indirekte Umwelteinwirkungen des StMUG:

Ulrike Pott, Tel: (089) 9214 – 3391, ulrike.pott@stmug.bayern.de

- zum Bereich direkte Umwelteinwirkungen des StMUG:

Hans Zimmerer, Tel: (089) 9214 – 2339; hans.zimmerer@stmug.bayern.de

- bei allgemeinen Rechtsfragen zu EMAS:

Dr. Matthias Weigand, Tel: (089) 9214 – 2267; matthias.weigand@stmug.bayern.de

Bestellung von Veröffentlichungen:

<http://www.bestellen.bayern.de>

Allgemeine Fragen:

<http://www.stmug.bayern.de/ministerium/kontakt/index.htm>

Telefon (089) 9214 - 00

Fax (089) 9214-2266

EMAS-Team

Thomas Boger, Kerstin Dieterich, Robert Frei, Peter Moll, Johannes v. Mücke, Ulrike Pott, Hans Zimmerer